

Jf 21.06.2021 – „Klimaschutzprogramm 2030“ (GS 1/21) – Fortsetzung

Klimaschutz halten alle politischen Parteien für wahnsinnig wichtig; alle werben in ihren jeweiligen Wahlprogrammen mit „Klimaschutz“ für sich. Auf dem G7-Treffen, in der EU bis hin zur NATO wird die Notwendigkeit von Klimaschutz beschworen: die CO₂-Emissionen müssen reduziert, entsprechende Gesetze gemacht und entsprechende Technologien entwickelt werden. Beim letzten Mal wurde geklärt, dass Deutschland unter dem Titel „Klimaschutz“ eine sehr grundlegende und prinzipielle Umstellung der nationalen Energieversorgung auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der Staat, der für den erfolgreichen Fortgang seiner kapitalistischen Gesellschaft bisher auf kostengünstige fossile Energien gesetzt hat, verlangt von seiner Gesellschaft nicht nur im sachlich-materiellen Sinne eine Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern beansprucht auch, dass mit dieser Umstellung seine Geschäftswelt ihre internationale Konkurrenzfähigkeit nicht verlieren, sondern sich dieser neuen Art Energieversorgung bemächtigen und in Zukunft damit ihre kapitalistischen Erfolge einfahren soll. Warum hat Deutschland dieses Programm der Systemwende seiner Energieversorgung auf die Tagesordnung gesetzt? Es ist dabei ja nicht allein, sondern streitet mit seinen potenten Konkurrenten USA, China, usw. darum, was in Sachen „Klimaschutz“ notwendig ist.

Dieses Programm der Energiewende impliziert nicht nur die Entdeckung, Mobilisierung und Nutzbarmachung erneuerbarer Energien, sondern auch die Umstellung der gesamten Industrie und ist deswegen mit einer riesigen Entwertung verbunden. Normalerweise wird eine solche Umstellung dem Markt überlassen; die Kapitalisten entscheiden nach ihren Geschäftsinteressen über die nötigen Kapitalinvestitionen. Hier dagegen greift der Staat mit seiner Planung massiv in den Wirtschaftsverlauf ein und lenkt ihn in eine von ihm bestimmte Richtung. Er behelligt die Wirtschaftsakteure mit lauter Auflagen, die deren Geschäftskalkulationen nicht entgegenkommen und ihnen auch nicht ohne weiteres einleuchten.

Womit hat man es da zu tun, was ist die Stoßrichtung der Argumente, bzw. die Botschaft des Artikels in dieser Sache? Z.B. was nimmt sich Deutschland unter dem Stichwort „Energieautonomie“ vor? Was impliziert das für das Land nach innen und für das Auftreten nach außen?

— *Warum nimmt der deutsche Staat für den Systemwechsel der Energie eine riesengroße Entwertung in Kauf, obwohl ihm doch bislang seine Erpressungsmacht garantierte, dass die Energiestaaten ihm zuverlässig die fossilen Energieträger lieferten? Man muss doch bei dem Ziel „Energieautonomie“ auch an die Konkurrenz zu den anderen Macher-Staaten denken. Deshalb setzt Deutschland jetzt darauf, künftig die Regeln für den Klimaschutz international zu setzen und das entsprechende Werkzeug in der Hand zu haben, um die anderen Staaten dem deutschen Regime unterzuordnen.*

Deutschland hat sich immer schon an seiner Abhängigkeit in Sachen Energieversorgung gerieben. Die Entwicklung der Atomkraft war eine Antwort auf die Abhängigkeit von den Ölstaaten, die aber selber den Energiemarkt gar nicht bestimmt haben, sondern die USA. Die Problematik sieht man bei den Lieferstaaten Russland und Iran mit den imperialistischen Affären, in die sie verwickelt sind, und den unmittelbaren Auswirkungen auf die Abnehmerstaaten. Deutschland hat das nicht im Griff und kann schon gar nicht die Regeln setzen.

— *Obwohl die Energielieferungen im Großen und Ganzen nie in Frage gestellt waren, ist ein wesentlicher Teil der benötigten Energieträger nicht in der eigenen nationalen Verfügung, sondern andere Souveräne bestimmen darüber; zu welchen Konditionen, zu welchen Preisen sie geliefert werden. Das ist ein Widerspruch zum grundsätzlichen Anspruch auf Energieautonomie. Die Verfügung über national vorhandene Energie ist eine Grundlage, von der das gesamte kapitalistische Getriebe auf dem eigenen Standort ein Stück weit abhängt. Dass die Versorgung in allen Punkten bis zur Preisbildung abhängig ist von der Kooperation anderer Souveräne, ist der ökonomische Inhalt dieser Unzufriedenheit. Diese Abhängigkeit beinhaltet eine Einschränkung der „Energieautonomie“ und das ist der prinzipielle Widerspruch, den Deutschland mit der aktuellen Klimapolitik zu lösen versucht.*

— *Das „besondere“ an der Ware Energie ist durchaus stofflicher Natur. Der moderne Staat braucht zuverlässig und ausreichend Energie. Insofern ist die Verfügung über Energie immer auch eine Sache seiner Souveränität. In der Geschichte der BRD fängt das mit dem Abbau der Kohle im Ruhrgebiet an, dann wurde auf die Kernenergie gesetzt, nach Fukushi-*

ma wurden andere Abwägungen zwischen ökonomischem Nutzen und dem Risiko angestellt, was die Förderung von erneuerbaren Energien befeuert hat. Aktuell gibt es den Streit mit den USA (unter Biden nicht wesentlich anders als unter Trump) um die Erdgasverträge mit Russland (Nord Stream II).

Das ist die Grundlage der Energieversorgung als Souveränitätsfrage. Für einen kapitalistischen Standort wie Deutschland muss Energie stofflich immer und überall zur Verfügung stehen, und zwar preisgünstig, da ihr Preis in jede Produktion eingeht. Nach Möglichkeit soll das auch noch ein Geschäft für die hiesigen Energiekonzerne sein. Dazu ist es ein grundlegender Widerspruch, wenn diese Bedingungen anderen Souveränen unterliegen, sowohl nach der Frage, ob überhaupt geliefert wird als auch nach der Frage, zu welchem Preis. Die ganze Welt ist darauf eingerichtet, dass man Autos und Heizungen mit Öl und die Stahlproduktion mit Kohle und Koks betreibt usw. Auch wenn Deutschland billigen Zugriff auf diesen Stoff hat, hat es ihn nicht selber in der Hand. Das hatte zwar die schöne Seite, dass es sich am Golf nicht mal am Krieg beteiligen musste, um seine Energieversorgung zu sichern. Umgekehrt muss sich Deutschland aber den Interessen der USA unterordnen, weil die den sicheren Öl-Zugang einrichten und garantieren. Das ist ein Widerspruch für ein Land, das den Anspruch hat, auf diese Grundbedingung seines Standortes souverän zugreifen zu können.

— Die Bedeutung der Preisfrage ist also grundsätzlicher zu nehmen. Sie ist nicht dadurch relativiert, dass Öl und Gas in letzter Zeit immer billiger geworden sind. Wenn die Energiepreise in jeden Kostpreis am nationalen Standort eingehen, dann ist es auch in Sachen nationaler Souveränität entscheidend, dass diese Bedingung jeder industriellen Produktion den Kostpreis nicht so sehr belastet. Das sicherzustellen hat eng mit dem Begriff der Energieautonomie zu tun. Für die internationale Konkurrenz mit deutschen Produkten muss Energie in Masse, Verfügbarkeit und Preis die günstige Kondition für deutsche Kapitale und auch für fremde Anleger hier am Standort sein.

— Dabei muss der Staat sich auch um die allseitige Sicherstellung von billiger Energie für das nationale Geschäftsleben kümmern, weil dieser Stoff als Geschäftsware von den nationalen Energiekapitalen nur insoweit verlässlich angeboten wird, wie es deren Gewinnrechnung rechtfertigt.

Eine *gesicherte* und *preisgünstige* Energieversorgung ist das erste und auch imperialistische Anliegen eines kapitalistischen Staates. Deswegen begnügt sich eine Nation wie Deutschland von vorneherein nicht damit, heimische Steinkohle oder Braunkohle zu verfeuern. Es meldet einen Anspruch gegenüber Erdgas- oder Öl-Staaten an, mit ihren Ressourcen für deutsche Wachstumsinteressen zur Verfügung zu stehen und sich in diesem Sinne den deutschen Interessen unterzuordnen. Vom Standpunkt seines wirtschaftlichen Erfolges nimmt Deutschland andere Staaten als preisgünstige Energielieferanten in die Pflicht. Hier stößt es jedoch darauf, dass es zwar einerseits diese Rohstoffe durch Abkaufen sich verfügbar machen kann, andererseits aber nur sehr bedingt auf die Konditionen dieses Geschäfts Einfluss nehmen kann. Es ist darin auf fremde Souveräne und eine Weltenergiemarktordnung verwiesen, die nicht von Deutschland, sondern von den Amis installiert und beherrscht wird.

Mit den Bemühungen um Energieautonomie will sich Deutschland darum freimachen von der Abhängigkeit von verfügbaren Ressourcen in der Natur. Es will sich mittels neuer Technologien in die Lage versetzen, selber für die Energiegewinnung sorgen zu können unabhängig davon, was zufällig in der nationalen Erde liegt oder von anderen Ländern aus der Erde herausgeholt werden kann. Das ist der entscheidende Fortschritt, der mit der Atomenergie auch schon mal versucht wurde und jetzt mit den erneuerbaren Energien und der Wasserstoffenergie perfektioniert werden soll. Denn obwohl Ölstaaten auf den Verkauf ihrer Ressourcen angewiesen sind, hat dieses Geschäft für den deutschen Standpunkt einen Makel, der gar nicht bei diesen Ländern selbst liegt. Er besteht darin, dass deren Funktion für Deutschland bloß dadurch existiert und garantiert ist, dass die *amerikanische* Weltmacht mit ihren Ordnungsvorstellungen bis hin zu Ordnungskriegen für einen funktionierenden Weltenergiemarkt gesorgt hat. Die Öllieferstaaten werden also auf ihre Rolle für Deutschland durch dieses Regime der USA verpflichtet. Darunter leiden deutsche Politiker und setzen jetzt auf die Tagesordnung, sich von dieser Abhängigkeit zu befreien, indem sie sich von

auswärtig vorhandenen Energieträgern emanzipieren und auf industriell herstellbare Energieformen umstellen.

Dieses Programm „Energieautonomie“ ist ein imperialistisches Programm, das sich auf die ganze Welt richtet. Autonomie will ja nicht bloß Autarkie. Autonomie in der Energiegewinnung ist gleichbedeutend mit dem Programm, andere Länder für Deutschlands Fortschritte in der Energiepolitik in die Pflicht zu nehmen. Die Energie, die Deutschland benutzen will und die maßgeblich für die Weltwirtschaft sein soll, ist eine *technologisch* hergestellte. Und gerade *das* ist Deutschlands Stärke, denn darin es ist anderen Ländern technologisch voraus. Diese müssen erst mit der Technik ausgestattet werden. Darüber kann Deutschland eine Abhängigkeit von sich herstellen: Andere Länder stellen ihre Ressourcen – z.B ihre Solar- und Windenergie – Deutschland billig zur Verfügung und sind zugleich auf die in Deutschland entwickelte Technologie dafür angewiesen, um sich selber diese Ressource zu erschließen. Das ist der imperialistische Gehalt der neuen Energiepolitik.

Dies impliziert also zum einen, dass andere Länder als Zulieferer für Deutschland nützlich gemacht werden, und zum anderen, dass CO₂ produzierende Energien diskriminiert bzw. zurückgedrängt werden. Sie sollen in der Energieversorgung keine entscheidende Rolle mehr spielen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Diese Seite des Programms ist für Deutschland mindestens so wichtig – und schwierig durchzusetzen.

— *Das Durchsetzen hat zwei Seiten: Innerhalb der EU gibt es den „Green Deal“, der besagt, dass in Zukunft nur noch Energieträger zulässig sind, die möglichst wenig CO₂ ausstoßen, also fossile Brennstoffe sollen eliminiert werden. Dafür richtet die EU Zertifikate ein, Einführungsbeschränkungen, Richtlinien usw. Das ist eine staatliche Machtoffensive seitens Deutschlands, in diesem Sinne Einfluss auf die EU zu nehmen. Die andere Seite ist die diplomatische Offensive, mit der andere Staaten unter dem Titel „Klimawende“ darauf verpflichtet werden sollen, ebenfalls den deutschen bzw. europäischen Weg zu gehen.*

Das sind die beiden Punkte, um die es hier geht. Die weltweite Diskriminierung von CO₂-emittierenden Energieträgern betreibt Deutschland schon länger mit seiner Klimadiplomatie und schreitet jetzt im Zuge dieser Energiesystemwende weiter voran. Die neuen Technologien, die bislang unrentabel waren, sollen rentabel gemacht werden, während die CO₂-emittierenden Energieträger relativ unrentabel gemacht bzw. verboten werden. Auf der materiellen Ebene findet es da statt, wo Deutschland als Führungsmacht tatsächlich direkten Einfluss hat, auf der Ebene der EU. International passiert das auf der diplomatischen Ebene. Das Projekt „Energiesystemwende“ ist nämlich elementar abhängig davon, dass andere Großmächte mitmachen. Betreibt Deutschland es alleine, ruiniert es seinen Standort, ist nicht konkurrenzfähig. Ohne den imperialistischen Erfolg wäre es kapitalistischer Selbstmord. Die *Art und Weise*, wie das Ganze vorangetrieben wurde, war immer schon „Klimadiplomatie“.

Das alles ist ein Angriff auf einen bestehenden Energiemarkt und seine Energieordnung. Daher ist erklärungsbedürftig, warum diese Klimaoffensive bisher relativ gut gelungen ist. Die Klimadiplomatie muss auf Interessen anderer betroffener Staaten stoßen, damit diese bereit sind, eine Umstellung und eine Änderung des Systems mitzumachen. Das Pariser Abkommen wurde ja auch mit den USA beschlossen. Die USA müssen dafür Gründe gehabt haben. Schließlich hatten sie bisher den Energiemarkt maßgeblich bestimmt, sie hatten den Nahen Osten unter ihrer Kontrolle, den Zugriff darauf gelenkt; sie haben für ihnen passende Preise gesorgt und bestimmt, wer teilhaben darf und wer nicht usw. Das alles wird mit dem Pariser Abkommen immerhin in Frage gestellt. Obama hat dem zugestimmt. Trump wiederum verfolgte einen etwas anderen Zweck und nun ist Biden dem Abkommen wieder beigetreten. Deren jeweilige Beweggründe gilt es zu klären.

— *Obama hat das Pariser Abkommen unterzeichnet, weil die Deutschen mit ihrem Energiemix tatsächlich schon versuchten, sich von der amerikanischen Dominanz in Sachen Öl und Gas zu emanzipieren. Gleichzeitig gibt es auch in den USA das Bedürfnis nach Dekarbonisierung. Wesentlich ist allerdings, dass da eine neue Zukunftstechnologie entsteht, in der sich die USA nicht von anderen Großmächten übertrumpfen lassen, sondern führend werden wollen. Das ist ein neuer Energiemarkt mit neuen Technologien, um dessen Führerschaft von Anfang an konkurriert wird.*

Obama hat sich in dem Moment darauf eingelassen, als absehbar war, dass das *amerikani-*

sche Kapital ein großes Geschäft für sich daraus machen kann. Zum Zeitpunkt der Unterschrift Obamas gab das der Stand seines Kapitals schon her, sodass er als kapitalistische Macht die Bedingungen setzen konnte. Es war nicht so gedacht, dass die USA bei einem Abkommen, das andere angestoßen haben, *mitmachen*, also *mitkonkurrieren*. Obama hat sich nicht in ein deutsches Programm eingereiht. Er hat es so gewendet, dass es unter seiner Führerschaft steht. Die Unterschrift Obamas unter das Pariser Abkommen war gleich an die Bedingung für China geknüpft, sich dieser Dekarbonisierung anzuschließen. Das zeugt vom Anspruch Obamas, bei der Neugestaltung des Weltenergiemarktes als dominierende Macht wieder im Spiel zu sein.

Auf den Anspruch Deutschlands, gegenüber Amerika in Sachen grüner Energieversorgung eine führende, dominierende Rolle einnehmen zu wollen, reagieren die USA im doppelten Sinn: Sie lassen sich einleuchten, das man auch mit erneuerbaren Energien ein gutes Geschäft machen kann, zugleich bestehen sie darauf, dass man diese neue Abteilung der Weltenergieversorgung als führende imperialistische Macht dominieren muss. Obama, Trump und Biden sind mit ihren unterschiedlichen Stellungen zum Pariser Klimaabkommen alle gleichermaßen Facetten des Standpunktes, bei der Weltenergieversorgung auch in der Abteilung der erneuerbaren Energien, die führende Rolle zu spielen.

— *Auf der Grundlage überlegener amerikanischer technologischer Forschung und der Größe ihres Kredits sind sich die USA sicher, dass sie führend sind in der Konkurrenz um die zukünftigen Energiemärkte.*

Dass Obama gleichzeitig auf Fracking setzte, was von Klimaschützern als Widerspruch zu den Zielen des Pariser Abkommens gesehen wird, zeigt, dass die USA den Standpunkt der Energieautonomie für sich anders definieren, nämlich als Kombination der drei Bestandteile Fracking, Atomkraft und erneuerbare Energieträger.

*

— *Nochmal zurück zum Gedanken der „neuen“ Abhängigkeit: Auf S. 40, letzter Absatz steht: „Für ihr weiterreichendes energiepolitisches Konkurrenzprojekt braucht die deutsche Politik allerdings ganz neu die Mitwirkung der Konkurrenten...“ Ist da an die Verwiesenheit der deutschen Politik auf ein Mitwirken der europäischen „Partnerländer“ gedacht, weil sie das selber von der Potenz her gar nicht vermag, was sich im europäischen „Green Deal“ ausdrückt? Was ist mit „neuen“ Abhängigkeiten gemeint, wenn es im Folgenden heißt, Deutschland „muss dafür die Energiepolitik anderer Mächte auf sein Angebot eines Zuwachses an Souveränität, das seinerseits mit neuen Abhängigkeiten einhergeht, erst noch hinorientieren“?*

Wenn man sich weltweit zum Lieferanten der einschlägigen Technologien macht, mit denen dieses Projekt der Energiewende überhaupt nur zu bewerkstelligen ist, dann schafft man als Lieferant dieser Produkte eine Abhängigkeit von sich. Diese Textstelle ist nicht speziell auf die Europäer gemünzt. Sie gehören dazu, aber es ist erst einmal die allgemeine Aussage, dass Deutschland die grundlegende Energiewende nicht machen kann, wenn es ihm nicht gelingt, sie in einem ausreichenden Maß weltweit durchzusetzen. Dabei richtet es sich als erstes auf seinen direkten Einflussbereich, die EU; es ist allerdings auch unbedingt notwendig, dass die Weltenergiemacht, die USA, dabei mitmachen. Deutschland braucht die Mitwirkung aller seiner wichtigen Konkurrenten. Das war vorher mit dem sonst drohenden „kapitalistischen Selbstmord“ gemeint: Wenn alle anderen weiter mit Öl oder Gas wirtschaften und Deutschland zieht sein Programm der Energiesystemwende alleine durch, dann ist es ruiniert.

— *Das neue Geschäft bezieht sich auch bezüglich der Größe der Vorschüsse gleich auf einen weltweiten Markt, um so die Produktion von Energieproduktionsanlagen über den Export rentabel werden zu lassen. Dieses Projekt ist alles andere als auf Autarkie gerichtet. Es lebt davon, dass es den Weltmarkt mit diesen neuen Zukunftstechnologien erobert. Wenn das Projekt nur auf den nationalen oder sogar europäischen Markt dimensioniert wäre, wäre es zum Scheitern verurteilt.*

— *Noch einmal zur „Mitwirkung der Konkurrenten“ auf S. 40 unten: Ist damit gemeint, dass die Konkurrenten sich in der Klimadiplomatie auf das CO₂-Einsparungsregime und dessen weltweite Implementierung verständigt haben und dann auf die entsprechende Tech-*

nologie Deutschlands verwiesen sind?

Noch vor aller Klimadiplomatie ist zu klären, inwiefern es grundsätzlich auf die Mitwirkung der Konkurrenten ankommt. Deutschland mit seiner Energiesystemwende kommt dem Rest der Staatenwelt – insbesondere seinen potenten Mitkonkurrenten, die als kapitalistische Nationen ebenfalls einen entsprechenden Energiebedarf und den Standpunkt der Energieautonomie haben – mit dem Angebot, von den fossilen Energieträgern, die irgendwo in den Welt lagern, durch industriell hergestellte Energieversorgung ein Stück „Unabhängigkeit“ in der so wichtigen Energiefrage zu erlangen. Darin auf die „Mitwirkung der Konkurrenten“ angewiesen zu sein, heißt: Die Konkurrenten müssen sich die neue Art der Energieversorgung a) als sinnvoll einleuchten lassen und b) sich dann darauf einlassen, dass sie damit von Deutschland abhängig sind. Dann erst folgt die Klimadiplomatie als Methode, die anderen Staaten auf diesen Standpunkt festzulegen, indem sie darauf verpflichtet werden, CO₂ in bestimmten Größenordnungen einzusparen.

Andere Länder müssen auch erst einmal akzeptieren, dass Deutschland Produkte, die mit schmutziger Energie produziert worden sind, nicht mehr ohne weiteres von außen reinlässt oder sie teurer macht. Das ist ein Eingriff in den Markt, den die anderen Länder sich gefallen lassen müssen; das Ziel ist, das als allgemein gültige Regel durchzusetzen. Es geht also nicht nur darum, dass die Konkurrenten einsehen müssen, dass diese erneuerbare Energie vorteilhaft sein kann und sie die Technik dafür benötigen. Es ist auch andersrum: Um die neuen Maßstäbe durchzusetzen, muss man gegen die importierten Waren, die die anderen zu ihren alten, gewohnten Bedingungen liefern, beschränkend Einfluss nehmen. Das muss von den anderen hingenommen werden.

Die Klimadiplomatie funktioniert natürlich nur, wenn sich die Staaten freiwillig auf ein CO₂-Regime einlassen, weil sie selber Gründe dafür kennen. Die Diplomatie soll dafür sorgen, dass die Staaten sich darauf auch festlegen lassen, so dass man sich auf diese gemeinsame Verabredung berufen kann.

— *Ein Grund für das Mitmachen der westlichen Staaten bei diesem Projekt Deutschlands ist, dass sie China als großen Konkurrenten sehen. Biden will Grenzausgleichsabgaben oder Quoten auf Waren mit hohen Emissionswerten aus Ländern erheben, die ihren Klima- und Umweltverpflichtungen nicht nachkommen. Das zielt auf die chinesische Seidenstraßen-Initiative, die mit „schmutziger Energie“ durchgesetzt wird. Zugleich tritt China selbst als Konkurrent in der Produktion von „Grüner Energie“ auf. Es steigt in das Kernstück der deutschen Energiewende, in die Wasserstofftechnologie, ein. Allerdings auf seine Weise, nämlich über den Weg der Kohlevergasung statt mit Ökostrom. Das ist konträr zum deutschen Weg und auf absehbare Zeit der billigere Weg, um die Wasserstofftechnologie zu etablieren.*

China – ebenfalls dem Abkommen beigetreten – betreibt seine Energieautonomie in unmittelbarer Konkurrenz zu den Deutschen. Auch sie wollen die Wasserstofftechnologie als den weltweiten Energiestoff etablieren, der auf ihrer Ökostrom-Technologie, der Kohlevergasung, basiert. Dieses „Mitmachen“ der Chinesen passt den Deutschen nicht.

Ein Grund des Wiederbeitritts Bidens zum Pariser Klimaabkommen ist das Einschwören der Welt auf die China-Feindschaft. Daneben bekommen vor allem die Deutschen den generellen Führungsanspruch Amerikas bei der weltweiten Energieversorgung mit „Grüner Energie“ zu spüren, denn das ist unmittelbar eine Konkurrenzanzeige an den gleichlautenden Anspruch der Deutschen.

— *Biden wiederum stellt klar, dass die internationalen Klimabemühungen nicht zu Lasten amerikanischer Arbeiter und Unternehmen gehen dürfen.*

Biden stellt infrage, ob Amerika überhaupt deutsche Technologie zulässt oder doch alles selber macht; ob es sich dabei an eigenen Maßstäben orientiert oder sich auf ein Regime einlässt, bei dem die Deutschen „Grünen Wasserstoff“ verbindlich machen. Biden garantiert jedenfalls nicht, dass diese Technologie politisch in den USA zugelassen wird, selbst wenn Deutschland es schafft, sie mit staatlicher Intervention konkurrenzfähig zu machen.

— *Bidens Stellung zur Energiewende wird auch deutlich, wenn er bei Nord Stream II die Sanktionen gegen Deutschland vorerst zurückstellt.*

Nord Stream II ist keine Frage von erneuerbarer Energie oder Klimaschutz. Die USA sind grundsätzlich dagegen, dass mit dem als feindlich definierten Russland Energiegeschäfte gemacht werden, um sich der amerikanischen Energiemachtdominanz zu entziehen. Biden missbilligt nach wie vor, dass Deutschland eine Gasparterschaft mit Russland betreibt, die Russland ökonomische Mittel durch den Verkauf von Gas verschafft. Aber Deutschland ist als Bündnispartner gefragt, deswegen verzichtet er derzeit auf Sanktionen bei Beibehaltung des kritischen Vorbehalts in der Hoffnung, dass sich Deutschland als dieser Bündnispartner bewährt.

In Richtung Russland machen die USA neue Kalkulationen geltend. Da gilt das Verbot, mit der neuen Pipeline die Ukraine beim Gastransit auszubooten; Russland soll weiterhin der Ukraine durch den Gastransport Einnahmen verschaffen. Zugleich wird Russland das erpresserische Angebot gemacht, man könne von gewissen Sanktionen Abstand nehmen, wenn es sich den Forderungen und Ansprüchen Amerikas in strategischen Hinsichten aufgeschlossen zeigt – bis hin zur gemeinsamen Front gegen China.

Zurück zu Deutschland: Der Artikel zeigt, was der deutsche Staat alles tun muss, um die Energiewende überhaupt gangbar zu machen. Das Programm funktioniert auf nur nationaler Ebene nicht. Jetzt heißt es, die EU brauche unbedingt einen „Green Deal“ und der muss von Deutschland aus in Europa durchgesetzt werden. Deutschland bringt den „Green Deal“ voran und verankert ihn in Europa als seinen genuinen Einflussbereich.

Es zeigte sich, dass Deutschland mit seinem Programm mit sehr potenten kapitalistischen und imperialistischen Konkurrenten, nämlich den USA und China zu tun hat. Deutschland kann also nicht einfach ein gemächliches Wachstum der eigenen Potenzen in der Systemwende abwarten, sondern braucht, um selber in dieser Konkurrenz bestimmend zu sein, unbedingt die zügige Inanspruchnahme des europäischen Binnenmarkts für dieses Projekt. Darüber hinaus benötigt es für seine Energieautonomie den Zugriff auf eine ganze Reihe von Ländern außerhalb der EU. Das Projekt der Etablierung einer deutschen Wasserstoffwirtschaft ist daher von vorneherein nicht nur auf die Produktion in Deutschland und Europa bezogen, sondern auch auf auswärtige Stromproduktion. So landet man vom Ausgangspunkt, sich die Verfügung über eine von auswärtigen Interessen unabhängige Energieversorgung zu schaffen, zielstrebig dabei, dafür Staaten in Afrika oder ehemalige Ölstaaten ins Auge zu fassen.

— *Im Unterschied zu den früheren Öl-produzierenden Staates werden jetzt Länder ausgesucht, die viel Sonne, Wind oder Wasserkraft besitzen und diese darauf festgelegt, dass sie Lieferanten von erneuerbarem Strom zu sein haben. Zur Überwindung von früheren eigenen Abhängigkeiten sollen diese Länder von Deutschland bzw. der EU als deren Lieferanten abhängig gemacht werden. Die neu ausgerichteten Abhängigkeiten betreffen auch die sog. Ölstaaten. Denen wird deutlich gemacht, sie haben sich zu diversifizieren, sie müssen sich mit ihrer Energiewirtschaft neu aufstellen.*

Unabhängig davon, wie und ob ihnen das gelingen wird, ist damit ein Anspruch an diese Länder gestellt, der im Gegensatz zu ihrem bisherigen Status in der Weltenergieordnung steht. Deutschland will sich mit der EU daran machen, der neue Platzanweiser zu sein und sie in eine Ordnung einbinden, in der sie abhängig von Deutschland und der EU sind.

— *Und insofern kommt die staatliche Souveränität der von Deutschland bzw. der EU abhängig gemachten Staaten überhaupt nicht mehr als Schranke vor.*

Das ist das *Ideal* der Energieautonomie, alle Abhängigkeiten selber in der Hand zu haben: Indem man die anderen als Lieferanten von sich abhängig macht, können diese gar nicht anders, als zu den verlangten Bedingungen ihr Zeug zu liefern. Die Länder, die man benutzen will, haben aber auch ihre eigenen Interessen und politische Forderungen. Z.B. Marokko kooperiert nur mit der EU, wenn die gleichzeitig die Unterordnung der dortigen Befreiungsbewegung Polisario unterstützen. Oder Saudi-Arabien hat potente Alternativen und Angebote von Konkurrenten und muss sich nicht einfach der überlegenen Technologie der Deutschen unterordnen. Abhängigkeit stiften heißt deshalb auch, dass man eine wirksame Erpressungsmacht braucht. Überlegene Technologie ist nur ein Moment, aber dann trifft man immer noch auf die Interessen der Souveräne, die diese geltend machen und die zwischen konkurrierenden Anbietern wählen können.

Zu den sieben Farben des Wasserstoffs (siehe Fußnote 19): Es gibt potente Nationen, wie z. B. China, Australien oder Japan, die eigene Wasserstoffstrategien haben. Dieser Wasserstoff ist nicht grün wie der deutsche, sondern z. B. blau oder grau. Die Farben stehen für den jeweiligen imperialistischen Anspruch, diesen neu entstehenden Markt zu dominieren, in dem man ihm seinen eigenen Wasserstoff als allgemein verbindlichen Maßstab aufdrückt. Deutschland kann nicht einfach bestimmen, jetzt ist grüner Wasserstoff der neue Energieträger der Welt, sondern konkurriert damit gegen die anderen potenten Nationen. Wenn z.B. Saudi-Arabien selbst zu einem Wasserstoffproduzenten wird, heißt das nicht, dass es sich auf einen Empfänger festlegt und sich von dem alles definieren lässt. Es ist eine bunte Auswahl an Wasserstoffen, weil die potenten Nationen darum konkurrieren, wer das bestimmt.

*

Und was ist nun mit dem Klimaschutz?

— *Klimaschutz ist ein energiepolitisches Aufbruchsprogramm, was eben nicht heißt, dass das kein Klimaschutz wäre, sondern, dass er unter kapitalistischen Gesichtspunkten stattfindet: Auch dieser grüne Energieträger muss billig sein und das nationale Energiekapital soll weltweit konkurrenzfähig sein. Dem Staat soll das Energieautonomie und sein imperialistisches Programm ermöglichen: als Energielieferant will er weltweit agieren, wettbewerbsfähig sein und Abhängigkeiten schaffen, die andere Staaten auf ihn verpflichten. Und das auf einem bestehenden Weltmarkt, den er dafür ändern will, und wo er auf gegnerische Interessen und Konkurrenten stößt, die dasselbe wollen. Genauso findet der Klimaschutz statt. Wie viel an CO₂-Verschmutzung das einspart, wird man sehen. Das heißt jedoch nicht, dass das nur ein ideologischer Titel für was anderes wäre.*

Ideologisch daran ist, dass so getan wird, als wäre der Klimaschutz der Zweck der energiepolitischen Maßnahmen. Es mag ja dem Klimaschutz gemäße Wirkungen der Energiesystemwende geben, aber es stimmt nicht, dass das der Zweck der Angelegenheit wäre. Das werfen die Politiker in eins und machen so aus der Wirkung den Zweck.

— *Weil der Klimaschutz nicht ein eigener Zweck ist, sondern aufgeht in dem nationalen Programm der Energiesystemwende, weist der Artikel zum Schluss darauf hin, was dabei herauskommt: Klar ist ja heute schon, dass das Klimaschutzziel von maximal 2 Grad in den nächsten 50 Jahren nicht einzuhalten ist, weswegen die Supermächte sich schon jetzt auf die Konsequenzen einstellen. Das steht dafür, dass der Klimaschutz eingemeindet ist in die Energiewende.*

— *Der Begriff „ideologisch“ ist da angemessen, wo die Politik gegenüber den verschiedenen Klimaaktivisten behauptet, mit ihrer Energiepolitik dasselbe wie die zu verfolgen. Da ist es ein ideologischer Titel, aber nicht in dem Sinne, dass man sagt, dass sie keinen Klimaschutz betreiben würden, sondern sie betreiben ihn halt genau mit diesem energiepolitischen Aufbruchsprogramm. Mit diesem Zukunftsprogramm wollen sie sich von der Unzufriedenheit mit den fossilen Brennstoffen ein Stück weit befreien, autonom werden.*

Ideologisch ist der Titel „Klimaschutz“ nicht nur in Politikergesprächen mit z.B. Greta Thunberg. Auch bei Klimakonferenzen, wo Forderungen gegenüber anderen Staaten gestellt werden, erfolgt das immer unter dem Titel „Klimaschutz“. Da sagt keiner, wir wollen eine Energiewende bzw. Energieautonomie durchsetzen, die uns nutzt, und damit unsern imperialistischen Anspruch in der Welt vorantreiben. Alle Maßnahmen werden unter dem Titel „Klimarettung“ verhandelt. Dieses ideologische Moment ist die Tour, für die eigene Energiewende zu werben und andere dazu zu verpflichten.

— *Das Ideologische daran ist, so zu tun, als ginge es ihnen um Klimarettung. Dabei geht es ihnen mit diesen neuen Technologien und der Dekarbonisierung darum, ihr Aufbruchsprogramm zu betreiben, dazu gehören all diese kapitalistischen Berechnungen und Kalkulationen gegeneinander.*

Die theoretische Falle liegt in dem Stichwort „Dekarbonisierung“: von den regierenden Politikern wird in die Welt gesetzt, es ginge bei der Durchsetzung der neuen Art von Energie um die unaufschiebbare Verminderung von CO₂. Genommen werden soll das aber immer nach der Seite, dass es auf die CO₂-Einsparung ankäme, weil sonst das Klima kaputt geht. Genau auf diese Seite berufen sich die Idealisten des Klimaschutzes und sind dann regelmäßig ent-

täuscht, wenn die Klimaschutzpakete nicht dem Zweck ‚Schutz des Klimas‘ gerecht werden. Insofern muss man wirklich darauf beharren, dass das Programm der Dekarbonisierung einen *anderen* Zweck hat. Und insofern fällt Klimaschutz auch nicht deswegen schlecht aus, weil er unter kapitalistischen Bedingungen stattfindet, sondern die Klimaschutzpolitik hat einen anderen Zweck als alle gut meinenden Klimaschützer unterstellen.

— *Man kann aber doch sagen: Wenn Klimaschutz als kapitalistische Energiewende stattfindet, werden eben die Zwecke verfolgt, die im Artikel ja einzeln aufgeführt sind. Dann fällt Klimaschutz nicht einfach schlecht aus.*

In der Reihenfolge klingt das wie: die Politiker nehmen sich Klimaschutz vor, aber weil sie kapitalistischen Staaten vorstehen, wird das letztendlich etwas ganz anderes, nämlich eine Politik der Energiewende. Das stimmt nicht, sondern: Sie haben die Energiesystemwende auf die Tagesordnung gesetzt und verkaufen sie als Rettung des Weltklimas. Das haben sie schon als Gegenstand der Weltkonferenzen 1992 beschlossen und unter diesem Titel wird das seither diplomatisch weltweit verhandelt. Das, was es als Klimaschutz gibt, ist das Abfallprodukt der Energiewende. Also gibt es keine Klimaschutzpolitik in dem Sinne, dass Klimaschutz der Zweck ist.

— *Der Artikel beginnt mit der Gleichsetzung: die deutsche Klimaschutzpolitik ist ein energiepolitisches Aufbruchsprogramm. Darin werden alle kapitalistischen Gesichtspunkte zur Geltung gebracht. Darum sieht Klimapolitik so aus und Klimaschutz wird zum Nebenprodukt.*

Aber so ungefähr verkaufen das auch die Politiker, wenn sie kritisiert werden, dass sie zu wenig machten: „Natürlich wollen wir Klimaschutz, aber wir müssen auch an die Wirtschaft denken“. Das ist gelogen.

Denn wenn man sich fragt, was ist denn die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung, dann kommt man zu dem, was wir hier analysiert haben. Raus kommt, dass Klimaschutzpolitik Energiepolitik ist, darum kümmert sich die Politik – und das ist die Maßgabe, nach der die Klimaschutzpolitik betrieben wird. Vielleicht wird es an dem Vergleich mit der Sozialpolitik klarer: Wenn man sich darunter vorstellt, es ginge darum, dass es den Leuten gut geht, liegt man falsch. Das ist nicht der Zweck der Sozialpolitik. Deren Zweck ist es, eine arbeitsfähige Bevölkerung zu haben, die ihren Dienst in dieser Gesellschaft verrichten kann. Wenn man die Sozialpolitik thematisiert, geht es darum, was es als Sozialpolitik gibt, so kommt man darauf, was für einen Zweck sie wirklich hat. Also redet man nicht über die Ideologie dazu, sondern über das, was sie wirklich leistet, wofür sie da ist. Analog ist es hier bei der Klimapolitik. *Das* ist die Klimapolitik, wie sie betrieben wird. Wenn man sich anguckt, welchen Zweck sie verfolgt, merkt man, es geht nicht darum, das Klima zu retten, obwohl alle denken, das wäre so. Es geht vielmehr darum, eine Energiepolitik zu machen, die Energieautonomie herstellt.

— *Der Vergleich kann aber auch falsch verstanden werden. Bei der Sozialpolitik ist die Arbeiterklasse das Sorgeobjekt des Staates, natürlich nicht in dem Sinne, den Leuten solle es gut gehen. Aber sie ist das Sorgeobjekt, weil gerade ihre Funktionalität gewährleistet sein soll. Wenn man jetzt den Vergleich so zieht, dass man sagt „das Klima“ ist auch ein Sorgeobjekt, dann wird er verkehrt. Das Klima ist überhaupt nicht das Sorgeobjekt, wenn es um Energiepolitik geht, weil der Zweck Klima überhaupt nicht darin vorkommt, sich also auch nicht rauskürzen kann.*

— *Die Analogie zum Sozialstaat besteht darin, dass beim Sozialstaat die staatliche Fürsorge gleich funktional auf das Lohnarbeiterdasein bezogen ist und nicht auf die Bedürfnisse von Menschen und deren Wohlergehen – gleichwohl es so verkauft wird. Genauso wenig kommt es bei der Klimapolitik auf das Klima an, sondern auf die Energiepolitik – gleichwohl die als „Klimaschutz“ verkauft wird.*

Wobei die Wirkungen der Energiewende, die – als Nebenprodukt – tatsächlich die Erderwärmung vermindern, schon erwünscht sind.

— *Dass das nicht der Zweck ist, merkt man daran, dass längst überall die Lokal- und Regionalpolitiker, Landwirtschafts- und Innenminister damit befasst sind, die unvermeidbaren Folgen der Klimaveränderungen zu beherrschen. Sie betreiben Hochwassereindämmung,*

angepasste Architektur in den Städten, lassen neues Saatgut entwickeln usw. Alles Maßnahmen, mit den verheerenden Wirkungen des Klimawandels umzugehen. All das ist gebeugt unter den funktionellen Gesichtspunkt, mit der Klimaverschlechterung fertig zu werden.

— Der Unterschied ist aber doch: zu sagen, die Wirkungen der Energiewende, die die Erderwärmung vermindern, sind nicht unerwünscht, ist etwas anderes als zu behaupten, das Klima sei Sorgeobjekt staatlicher Maßnahmen. So habe ich den Vergleich zum Sozialstaat verstanden: als dass der Staat irgendwie schauen müsste, dass die natürlichen Grundlagen nicht auf eine Art und Weise zerstört werden, die an seinen Grundlagen rüttelt.

— In dem Sinne geht es ja auch gar nicht um die Grundlagen des Staates, aber er versucht durchaus, teils kosmetisch und natürlich nie hinreichend, mit dem Unvermeidbaren – klar ist ja, dass der Klimawandel längst stattfindet – umzugehen.

Die Politik stellt sich also mit dem genannten Maßnahmenkatalog längst auf die drohenden Konsequenzen der Erderwärmung ein. Sie trifft Vorkehrungen, wie man mit den stattfindenden Katastrophen, Dürren oder Überschwemmungen umgeht. Das dokumentiert, dass nicht der von den Klimaschützern hochgehaltene Zweck verfolgt wird, die Erderwärmung unter 2 Grad, besser unter 1,5 Grad zu drücken. Die Standorthüter gehen davon aus, dass das misslingt. Geklärt haben wir, dass die Forderung nach Dekarbonisierung eine Neugestaltung des Weltenergiemarkts zum Zweck hat. Wenn dabei CO₂-Minderung abfällt, ist das eine Wirkung davon. Die Klimaschützer messen aber die Politik daran, dass sie eigentlich alles dafür tun müsste, die Erderwärmung unter 2 Grad zu halten – darin, dass das der Zweck der Politik sei, täuschen sie sich und sind daher ständig darüber *enttäuscht*, dass sich die Maßnahmen gar nicht daran orientieren.

*

Das nächste Mal findet am **5. Juli 2021** statt, das Thema wird wie immer auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekanntgegeben. Vorgeschlagen wurde der Artikel „Der Fall Wirecard“ (GS 1-21) – mit dem Schwerpunkt: Was kann unter dem Titel: „Über die vielfältigen Möglichkeiten, am Geldverdienen Geld zu verdienen“ über den Kapitalismus erklärt werden?